

Rede von Willy Brandt über die Europapolitik (Hamburg, 21.-25. Mai 1950)

Legende: Auf ihrem Parteitag vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg diskutiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) vor allem über die Frage eines Beitritts der Bundesrepublik Deutschlands zum Europarat. Während der Parteivorstand gegen einen Beitritt ist, spricht Willy Brandt, Bundestagsabgeordneter aus Berlin, sich trotz einiger Einwände dafür aus.

Quelle: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1954 in Hamburg. Bonn: Vorstand der SPD, 1950. p. 104-105.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_europapolitik_hamburg_21_25_mai_1950-de-aa38d316-3d7e-4138-b5e1-c3f3e11bf033.html

Publication date: 02/12/2013

Rede von Willy Brandt über die Europapolitik (Hamburg, 21.-25. Mai 1950)

[...]

Nun gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Europafrage. Ich muß erklären, daß ich den Ausführungen und Auffassungen des Genossen Schumacher zu dieser wichtigen Frage nur zu zwei Drittel folgen kann, aber ihnen nicht im letzten Drittel zu folgen vermag. Ich bin damit einverstanden, daß wir schärfsten Protest im Bundestag und wo auch immer über die Frage des Eintritts gesprochen wird, zum Ausdruck bringen gegen die willkürliche Regelung an der Saar und gegen die Verkoppelung von Saar und Europarat. Ich bin weiter einverstanden, daß wir deutlich zum Ausdruck bringen, daß Straßburg kein guter und kein gesunder Start der europäischen Zusammenarbeit ist, daß die eigentlichen Probleme erst nach Straßburg kommen. Einige könnten schon heute deutlich umrissen werden. Eines dieser Probleme ist der Marshall-Plan, der auch keine ideale Angelegenheit ist. Dennoch haben wir zu ihm „ja“ gesagt und werden „ja“ sagen zu seiner möglichen Weiterführung im Jahre 1952.

Wir begrüßen es, daß die Frage der deutschen Remilitarisierung von der Tagesordnung der Londoner Konferenz abgesetzt worden ist. Aber wir können auf der anderen Seite nicht darum herumkommen, daß die Frage der Sicherheit des Westens uns als Betroffene im höchsten Maße interessiert und uns zu ernstesten Überlegungen veranlassen muß. Schließlich sollten wir betonen — das gehört auch zu den nicht strittigen Punkten —, daß, wenn es trotz des Protestes der Sozialdemokratie gegen die Saarregelung zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die Straßburger Versammlung kommt, daß damit keine Akzeptierung des deutschen Provisoriums im Westen als endgültige Lösung verbunden sein kann. Es muß unterstrichen werden, daß Berlin nicht, wie es in dem Brief Adenauers vorgesehen ist, außerhalb der Bundesrepublik belassen werden kann, sondern daß Berlin, wenn überhaupt eine Regelung zustande kommt, mit zur Bundesrepublik gehören muß, wie es der Beschluß des Bundestages vom vorigen Herbst forderte.

Das letzte Drittel, bei dem sich die Sache mir etwas anders darstellt, besteht in folgendem: Ich glaube, es ist schwierig, zu sagen, daß wir den Weg nach Straßburg nicht gehen sollten, weil es nur ein Ersatzeuropa repräsentiert. Ein Ersatzeuropa wäre der Westen auch, wenn er eine bessere Konstruktion hätte. Die Aufgabe, das eigentliche Europa zu schaffen über den Küstenstreifen am Atlantischen Meer hinaus, bestünden auch dann. Auch diese Aufgabe könnte wohl nur mit demokratischen Kräften außerhalb Europas gelöst werden. Ich glaube, wir können nicht so weit gehen, daß wir sagen, wir können eigentlich erst mitmachen, wenn es die Möglichkeit einer sozialistisch-demokratischen Solidarität in Europa gibt. Natürlich wäre uns eine solche Entwicklung die liebste, wie sie uns auch in Deutschland die liebste gewesen wäre. Aber wir haben in Deutschland auch Lösungen akzeptiert als Basis unserer Arbeit, die uns vor 1945 nicht vorgeschwebt haben. Ich weiß nicht, ob wir ohne weiteres sagen sollen, daß die deutschen Sozialisten die besten Internationalisten von allen sind. Für meinen Teil wäre es schon richtiger zu sagen: Wir bemühen uns, ebensogut wie die anderen zu sein. Der Anspruch, die Besten zu sein, könnte auch etwas herabsetzend auf andere und gerade auf unsere ausländischen Gäste wirken.

Ich glaube, daß das Ja zu Europa auch zu seinen Ansätzen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet in der OEEC darstellen und politisch vielleicht in Straßburg ergeben kann, gesagt werden müßte und daß dieses Ja neben unseren Bedenken und Protesten zu der unmöglichen Konstruktion, von der die Rede gewesen ist, doch auch deutlich genug bei dem Beschluß des Parteitages zum Ausdruck kommen sollte.

Eine scharfe Auseinandersetzung mit den rückschrittlichen Kräften Europas und über Europa hinaus ist erforderlich. Aber Genossen, die Grundfrage der Auseinandersetzung im Europa von heute und in der Welt von heute ist ja — man kann vielleicht sagen leider — nicht, oder nicht allein die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und denen des Kapitalismus, sondern eine Auseinandersetzung, in der es darum geht, überhaupt die Möglichkeiten einer demokratischen, sozialistischen Entwicklung zu erhalten. Und dazu sollten auch, wo immer erkennbare Ansätze zur Gemeinsamkeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in Westeuropa sind, sie von uns als Ansatzpunkte erfaßt und womöglich positiv weiterentwickelt werden.